

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfelerei und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Zerk330arbeitsler

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreise 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abdruckes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friederichstr. 5-6. Fernspr.: 21 7 000/01 7653, 7651, 6240, Postfach, Berlin 65232.

Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale, Geschäftsansagen nach Carlshof, Werder, Berlin SW 11.

Der Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten allgemeiner verbindlich.

Der Reichsarbeitsminister
III Nr. 401/793 Tar.

Berlin, NW 40, den 18. Sept. 1931.
Scharnhorststraße 35.

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeiner verbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages:

- a) auf Arbeitgeberseite:
 - Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe E. V., Berlin;
 - Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V.;
 - Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen E. V.;
- b) auf Arbeitnehmerseite:
 - Deutscher Bauwerksbund;
 - Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (nur zu IIa);
 - Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands;
 - Zentralverband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

II. Tag des Abschlusses: 28. März 1931.

- a) Reichstarifvertrag,
- b) Vereinbarung über Akkordarbeit,
- c) Anhang betr. Asphalt- und Teerarbeiten im Straßenbau.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbaugewerbe (einschließlich der bei Wege-, Straßen- und Chausseearbeiten, ausgenommen Pflasterarbeiten-beschäftigten).

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht:

1. bezüglich des Straßenbaugewerbes auf Arbeitsverhältnisse
 - a) in Betrieben, die dem Reichsverband für das Deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe E. V. angeschlossen sind,
 - b) in anderen mit Straßenbau beschäftigten Betrieben, die nach Ursprung und Grundlage dem Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe angehören,
 - c) in Betrieben, für die besondere Tarifverträge für den Asphalt- und Teerstraßenbau gelten;
2. bezüglich privatwirtschaftlicher Betriebe, die nicht Baubetriebe sind, auf Arbeitsverhältnisse von Bauarbeitern, die regelmäßig mit Instandsetzungs- oder Erneuerungsarbeiten beschäftigt sind;
3. bezüglich des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn auf Arbeitsverhältnisse
 - a) der ständigen Arbeiter,
 - b) der unständigen Arbeiter, soweit sie vorübergehend als Ersatz für ständig beschäftigte Arbeiter eingestellt oder soweit sie zu Arbeiten verwendet werden, die zu den auf Gesetz, behördlicher Anordnung oder Herkommen beruhenden Aufgaben öffentlicher Arbeitgeber zählen und nach Art und Umfang in eigener Verwaltung ausgeführt zu werden pflegen,
 - c) der aus Fürsorgemitteln im Wege der Arbeitsfürsorge beschäftigten Arbeiter,
 - d) in den Wasserstraßen- und Wasserbauverwaltungen des Reichs und der Länder beschäftigten Arbeiter;

4. auf Arbeitsverhältnisse von Arbeitern, die mit land- oder forstwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten beschäftigt werden.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 11 des Tarifvertrages.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1931.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarung vom 18. März 1931 hat geendet.

Im Auftrag:
gez.: Dr. Sigler.

Beglaubigt:
gez.: Müller, Min. Kanzleisekretär.

Eingetragen am 24. September 1931 auf Blatt 8331 und 10 105 I d. Nr. 7 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez. Sprengel.

Mit dieser Entscheidung ist die besonders in dieser Krisenzeit mit ihrem Schmutzkonkurrenzen seit langem dringliche Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ausgesprochen worden. Sie bedeutet, daß vom Tage der Geltung der Allgemeinverbindlichkeit an, vom 1. September 1931, der Reichstarifvertrag auch für die unorganisierten Unternehmer rechtsverbindlich ist. Auch die bei unorganisierten Unternehmern beschäftigten Kollegen des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes müssen ebenso wie die Gesamtheit unserer Kollegen nun noch mehr als bisher für die reifliche Durchführung des Reichstarifvertrages eintreten. Sie müssen auch, obgleich die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne noch ausbleibt, nicht nur den Tariflohn und die tariflichen Zuschläge, deren Verhältnismäßig im Reichstarifvertrag festgelegt sind, fordern, sondern auch die Ferien. Ferien! Man scheut sich fast, dies Wort auszusprechen, aber immerhin wird auch diese Bestimmung, die infolge der besonders schweren Krise im Baugewerbe in der Luft zu hängen scheint, für etliche Kollegen noch heute von Bedeutung sein; wir wollen hoffen, daß sie während der Laufdauer des Reichstarifvertrages noch vielen zehntausenden Kollegen Nutzen bringen wird. Für die Errichtung von Betriebsvertretungen im Baugewerbe gilt nun der § 8 des neuen, jetzt allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrages. Keine Baustelle ohne Betriebsvertretung, ohne Baudelegierten! muß nach wie vor die Losung sein. Die Baudelegierten sollen sich der Lehrlinge besonders warmherzig annehmen; ihre Rechte sind im § 6 des Reichstarifvertrages umschrieben. Den Lehrlingen müssen neben den tariflich festgelegten Entschädigungen bei allen Unternehmern Ferien gewährt werden. — Die in der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unter Ziffer V festgelegte Ausnahme entspricht den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes. Alle Streitfälle aus dem Einzelarbeitsvertrag mit organisierten Unternehmern müssen zunächst bei der Schlichtungskommission, Streitigkeiten mit unorganisierten Unternehmern nach wie vor beim Arbeitsgericht anhängig gemacht werden.

Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Einfach hat Walter Rathenau eine berühmte große Rede auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genoa, der ersten Konferenz, wo sich Staatsmänner und Wirtschaftsführer der Welt besprachen, geschlossen mit den Worten: Pacl Pacl Pacl (Frieden! Frieden! Frieden!) — Die große Kundgebung des DGBB und des FZB-Bundes am 25. September in Berlin, über die wir bereits in der vorigen Nummer des „Grundstein“ berichtet haben, stand unter dem Eindruck der immer wieder erhobenen Forderung: Arbeit! Arbeit! Arbeit! Die dort gehaltenen Reden — besonders die der Gewerkschaftsführer — waren eine wichtige Anklage, nicht nur gegen das System der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch Anklage gegen die Tatlosigkeit der Reichsregierung, wenn es gilt den sozialen Schutz und die Interessen der werktätigen und darbenenden Bevölkerung zu sichern. Die Reden waren zugleich donnernde Forderungen an Regierungen und öffentliche Körperschaften, die durch Abstände verloren waren. Wenn die Kundgebung auch in erster Linie wirtschaftlich-sozialen Charakter trug, so reichte die von den Reden ausgehende Wirkung doch weit ins Politische. Viele nicht unwesentliche Nebenwirkungen läßt sich am besten in die allbekannten Worte fassen: Arbeit — Freiheit, Freiheit — Brot! — Mögen die Staatslenker, möge besonders die Reichsregierung die hochpolitische Bedeutung der Kundgebung nicht übersehen. Möge sie die Lösungsworte in vollem Sinne erfassen und danach handeln! — Nachfolgend bringen wir auszugswise noch die Rede unseres Kollegen Nikolaus Bernbard:

Die Bauwirtschaft in der Krise.

Die Bauwirtschaft als Schlüsselindustrie könnte für zahlreiche und mannigfache Industriezweige allgemein wirtschaftsbelebend wirken, wenn ihr — wie das in früheren Krisenzeiten der Fall war — gerade jetzt Aufträge zugeleitet würden. Der früher übliche Wechsel von Industrie- und Bauwirtschaft fehlt heute infolge Verlangens des privaten Kapitalmarktes. Die Gründung in der Bauwirtschaft vermehrt sich in vielen Gewerben die Arbeitslosigkeit.

Einparungen beim Bauen wirken nicht teilnehmend, sondern teilnehmerförmig.

Um die Folgen dieses Zustandes ermessen zu können, muß man sich der Größenstellung bewußt sein, die die Bauwirtschaft in der Gesamtwirtschaft einnimmt. Nimmt man zur eigentlichen baugewerblichen Produktion alle Baugewerbe, die Wasserversorgung und den Handel hinzu, dann dürften in normalen Zeiten 2% bis 3 Millionen Arbeiter und Angestellte für die Bauwirtschaft tätig sein. Einschließlich der Angehörigen sind etwa ein Achtel bis ein Siebtel des deutschen Volkes von der Bauwirtschaft abhängig. Der Produktionswert der Bauwirtschaft betrug in den letzten Jahren 8% bis 9 Milliarden Reichsmark. Mit den Hilfsindustrien und den Gewerben, die durch eine Bau-tätigkeit sofort angekurbt werden, sind es mindestens

12 bis 13 Milliarden Reichsmark. Jetzt haben wir in den meisten Orten Stillstand. Das Produktionsvolumen ist um gut zwei Drittel gesunken. Seit 1 1/2 Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, in den Baugewerben und in den Baustoffindustrien in so starkem Maße gestiegen, daß im Jahresdurchschnitt bereits 20 bis 25% aller Arbeitslosen auf die Bauwirtschaft entfallen. Nach den sorgfältigen Feststellungen des Deutschen Bauwerksbundes betrug die Zahl seiner arbeitslosen Mitglieder im Jahresdurchschnitt: 1928 insgesamt 80 680 = 18,7 %, 1929 141 642 = 28,9 % und 1930: 228 280 = 47,6 %. Bis Anfang September dieses Jahres liegt die Zahl der Arbeitslosen auf: 289 125 = 64,6 % unserer Mitglieder. Sie steigt bis Ende dieses Jahres sicher auf drei Viertel des Mitgliederbestandes. In einigen Bezirken werden unsere Mitglieder wohl reiflos in das Arbeitslosennetz gestossen. Wir haben heute schon Bezirke, wie das Rheinland, wo 74, oder Weiskalen, wo 82 % unserer Mitglieder arbeitslos sind! Die katastrophal für die baugewerblichen Arbeitsmarktleute entwickelt hat, zeigen die Zahlen der größten und wichtigsten Berufsgruppe des Bauwerkes. Von den Maurer-Mitgliedern des Bauwerksbundes waren arbeitslos: Ende August 1928 insgesamt 6582 = 3,4 %, Ende August 1929 insgesamt 14 987 = 7,1 %, Ende August 1930 insgesamt 82 847 = 40,8 % und Ende August 1931 insgesamt 133 267 = 69 %. Der Zentralverband der Zimmerer und der Verband der Maler haben die gleich hohen Arbeitslosenzahlen. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat unter seinen baugewerblichen Mitgliedern 36 % Arbeitslose.

Mindestens 350 000 Bauarbeiter haben seit mehr als 1 Jahr, etwa 150 000 seit mehr als 1 1/2 Jahren, etwa 75 000 seit mehr als 2 Jahren keine Arbeit.

Die zuständige Stelle hilft uns auch nicht, die Arbeit unter den vorhandenen Arbeitskräften zu verteilen. Das ist nur möglich durch eine Arbeitszeitverkürzung!

Das Reichsarbeitsministerium aber läßt sich Zeit.

Obwohl bereits am 27. März das erste Gutachten der Brauns-Kommission herauskam, dann im April in einer Eingabe die Vierstundentage ausföhrlich begründet und am 28. Juni mündliche Verhandlungen im Ministerium gepflogen wurden, hat man den Unternehmern monatelang Zeit gelassen, sich die Sache zu überlegen. Wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, verlieren diese für das Jahr jeden praktischen Wert! Stark vermehrt wurde die Arbeitslosigkeit durch die Einstellung und Stilllegung von Bauern. Nach unseren Feststellungen sind in den vergangenen Wochen 190 öffentliche Bauten stillgelegt worden. Dazu kommen 66 größere Privatbauten, 41 Wohnblöcke und 107 sonstige große Wohnbaugruppen. Noch in diesem Jahr projektiert, aber nicht begonnene Objekte sind ihrer sehr viele mehr!

Statt vom Baugeber her die Wirtschaft durch Aufträge der öffentlichen Hand anzuführen, geschieht das Gegenteil!

Einige Städte lassen verbaubaren, daß sie auf mehrere Jahre keinen Bauauftrag vergeben können. Die durch die Stilllegung „erparter“ Gelder gibt man lieber für unproduktive Unterhaltungen aus und mindert durch die Stilllegung gleichzeitig die Steuererträge. Die Gläubigern der Arbeitslosigkeit zeigen uns den erschreckend tiefen Grad der Bauwirtschaftskatastrophen; sie sind zugleich eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und an alle öffentlichen Körperschaften, mit Bauaufträgen konjunkturausgleichend zu wirken! — Der Reichsarbeitsminister schrieb uns:

„Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß alles daran gesetzt werden muß, um die Bauwirtschaft, deren Schlüsselstellung im durchaus wichtigen, sowohl nun turgentlich als auch in Zukunft wieder in Gang zu setzen.“

Nicht nur Worte, Herr Minister, Taten wollen wir sehen!

Jetzt rächt sich bitter, daß die Privatwirtschaft gegen die Unterfütterung der Bauwirtschaft durch öffentliche Körper schafften Sturm ließ! Das geht auch aus einem Schreiben des Reichsstatistikbundes hervor. In ihm heißt es:

„Anseren Mitgliederstädten ist bis in die letzten Tage hinein auch gerade aus den Kreisen der Privatwirtschaft heraus ein schwerer Vorwurf gemacht worden. Gerade wegen ihrer Förderung der Bauwirtschaft und des Aufbaus der öffentlichen Hand veranfaßten die Reichsstatistikbünde, sie hätten gegen den Geist der Sparmaßnahme schwer gesündigt; es sei nicht ihre Aufgabe, die Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen anzuregen, sie müssen sich vielmehr einschränken und aufs äußerste sparen usw. Diesen Gedankenanklagen hat sich jetzt offenbar auch die Reichsregierung angeschlossen, die jetzt mit allen Mitteln die Gemeinde zu weitestgehender Einschränkung ihrer Ausgaben auf allen Gebieten zwingen will. Einem solchen Drucke der Reichsregierung müssen sich die Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre eigene Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit solcher Maßnahmen fügen, da sie finanziell im weitesten Maße von der Reichsregierung abhängig sind.“

Im Vordergrund des Meinungsstreites steht der Wohnungsbau. Da wird beispielsweise vom Institut für Konjunkturforschung behauptet, Wohnungsmangel bestesse nur noch in beschränktem Maße, in den meisten Gebieten sei sogar Wohnungsüberschuß. Diese Behauptung ist nicht objektiv, sondern entspringt politischen Erwägungen; sie ist sehr leichtfertig aufgestellt! Es ist zwar leider so, daß sich die lohngebenden Menschen in den Wohnungen zusammenpressen müssen, weil sie die geringe Unterfütterung für Nahrungsmittel und für sonstige für des Lebens Notdurft unerlässliche Gebrauchsartikel aufwenden müssen. Wir haben heute wieder eine Ueberbelegung der Wohnungen, die einen bedenklichen Rückfall in die Wohnverhältnisse der Vorkriegszeit bedeuten und so die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zerstören.

Dabei fehlen uns — schon nach der Berechnung des Reichsarbeitsministeriums — mindestens 550 000 bis 600 000 Wohnungen.

Rechnen wir das minus aus dem diesjährigen Bauprogramm hinzu, dann haben wir bis Jahreschluß ein Fehlen von 1/2 Millionen. Nehmen wir außer dem jährlichen Zuwachs an Hausbauten den notwendigen Ersatz für abbruchreife Wohnungen, dann müßte man im laufenden Jahrzehnt jährlich mindestens etwa 300 000 Wohnungen bauen. Daß beispielsweise von dem im Jahre 1930 erstellten 330 000 Wohnungen 6500 leer stehen, beweist nur, daß diese Wohnungen von den abgehenden Lohn- und Gehaltsempfängern nicht bezogen werden können. — Statt nun einen normalen Wohnungsmarkt, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, aufzubauen, wird die Wohnungsnot verewigt. Der Wohnungsbau darf aber nie wieder auf den privaten Kapitalmarkt abgestellt werden. Ohne öffentliche Mittel gibt es keinen Wohnungsbau mit für Arbeiter und Angestellte tragbaren Mieten.

Die Hausbesitzer und der Handabund fordern, daß man den Sprung zur Rückkehr in völlig freie Marktverhältnisse wagen soll. Sie fordern restlose Befreiung der Hauszinssteuer und die völlige Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft auf dem Bau- und Wohnungsmarkt. Auch die Hypothekendarlehen stehen dahinter, die durch Hochhaltung der Zinsen in erster Linie schuld sind an dem verheerenden Wohnungsbau der letzten Jahre, denen es aber sehr gut geht. Man kann auf sie das Wort verwenden:

Den Hypothekendarlehen geht es von Tag zu Tag immer besser und besser.

Die Hauszinssteuer soll befreit werden? An eine Aufhebung der Realsteuererhöhung denkt man aber nicht.

Von neuem wollen die Hausbesitzer Geschenke.

Seit Jahren erhält der deutsche Hausbesitzer etwa 1 1/2 Milliarden Mark jährlich zur Ausführung großer und laufender Instandsetzungsarbeiten.

Wozu hat der deutsche Hausbesitzer diese Gelder verwandt?

Er hat seine Lebenshaltung verbessert; aber nicht die Wohnhäuser dieses Nationalgut — instand gehalten! Würde der deutsche Hausbesitzer seine Pflicht erfüllen, dann könnten das ganze Jahr hindurch, Sommer wie Winter, mindestens 1/2 Million Bauarbeiter, Außenarbeiter wie Innenarbeiter, beschäftigt werden.

Hier muß Notverordnung werden!

Die Hausbesitzer müssen zu den notwendigen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten gezwungen, anderfalls müssen ihnen die Mittel entzogen werden. — Es behauptet sich hartnäckig das Gerücht, in Regierungskreisen bestünde der Plan, das volle Aufkommen der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf in Anspruch zu nehmen. Für den Wohnungsbau wird künftig dann kein Pfennig mehr zur Verfügung stehen. — Begründet wird diese Ansicht damit, daß die Befreiung von ersten Hypotheken ungewöhnlich günstig sei und deshalb auch — trotz Vergabe von Hauszinssteuergeldern — keine Wohnungen mehr gebaut wer-

den können. — Die Verwirklichung dieses Planes würde bedeuten, daß die bisher dem Wohnungsbau aus der Hauszinssteuer noch zur Verfügung stehenden 400 Millionen Mark jährlich künftig zur Zahlung der Beamtengehälter verwendet, also mit ihnen keine produktiven Werte mehr geschaffen werden. Auch mit dem gekürzten Betrag von 400 Millionen Mark zusätzlich der Hypothekendarlehen lassen sich noch mindestens 150 000 kleine Wohnungen bauen. Dadurch hätten etwa 450 000 bis 500 000 Arbeiter Beschäftigung. Es ist weiter besser, für eine halbe Million Menschen Arbeit und für wohnungslose Familien neue Wohnplätze zu schaffen, als diese Millionenbeträge für Verwaltungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser Meinung stehen im Widerspruch die Verlautbarungen über die Verwirklichung jenes „Sieblungs“-planes des Finanzministeriums, wofür monatlich 20 Millionen Reichsmark aus Hauszinssteuermitteln hergegeben werden sollen. Wir bestreiten nicht die Notwendigkeit, das Wohnungsgeld auf dem Lande zu bekämpfen; aber die dieser Plan, großstädtische Arbeiter aus- und anzuführen und die Art, wie das geschehen soll, ist anfeindlich.

So hat sich die Sozialdemokratische Partei die Verwirklichung ihres Votrages vom Dezember 1930 über die Schaffung von Wohnheimstätten nicht gedacht!

Der Deutsche Landkreistag weist mit Recht darauf hin, daß zur Bekämpfung des Wohnungselends auf dem Lande eine Instandsetzung von Altimwohnungen und die Erbauung von Neubwohnungen aus Hauszinssteuermitteln dringend notwendig ist!

Dem geplanten Landproletariat eine Heilmasse zu schaffen, ist des Scheiterns aller Eben wert.

Aber eine Sieblung bauen wollen, ohne Baubandwerker, ist nicht nur ein sehr gefährliches Experiment, sondern auch ein ganz unmögliches. Die Siebler würden von ihren „Heimen“ nie befreit sein. Sehr bald würden sich Reparaturen nötig machen. Sollen sich die Siebler einfach Solchsitzen zusammenhängen? Sollen sich die Siebler einfach billige und willige Lohnsklaven geachtet werden? Durch die Wegnahme von Geldern aus der Hauszinssteuer für dieses Experiment werden doppelt soviel Bauarbeiter arbeitslos, als Menschen neu angehebelt werden. Denn durch die Wegnahme von monatlich 20 Millionen Mark werden 70 000 bis 75 000 Kleinwohnungen weniger gebaut und dann 210 000 bis 225 000 Bauarbeiter arbeitslos werden. Hat man die Absicht, die arbeitslosen Bauarbeiter völlig ihrem Schicksal zu überlassen? Uns sind Pläne bekannt, die die Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung erneut als sogenannte „berufssüchtige Arbeitslose“ wiederum schlechter zu behandeln.

Wir erheben entschiedenen Protest gegen die Schlechterstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung.

Wirkliche Arbeitsbeschaffung ist noch auf zahlreichen anderen Gebieten möglich. Wir erinnern an die notwendigen umfangreichen Meliorationsarbeiten, an die Entsättigung bereits urbarer Ländereien, an den Bau von Schutz-

dämmen gegen Hochwasserschäden und andere Arbeitsmöglichkeiten. Preußen hat in den Jahren 1924 bis 1931 allein 56 Millionen Mark für Hochwasserschäden ausgegeben, und im Freistaat Sachsen sind allein im südlichen Erzgebirge vom Juli 1927 einschließlich der Ausgaben der Reichsbahnverwaltung für Herstellung der zerstörten Bahnhöfen für Hochwasserschäden fast 33 Millionen Reichsmark ausgegeben worden. Die Reichsbahnverwaltung könnte zur Erneuerung der Bahnanlagen, insbesondere des Oberbaues, sowie durch Brückenverfälschungen und durch Bau von Ufer- und Ueberführungen zur Sicherung des Verkehrs große Aufträge vergeben. Die Reichspost hat nicht minder die Pflicht zur Auftragserteilung. In den Gemeinden sind Kanalisations-, Schul- und Krankenbauten, vielfach dringend notwendig. Auch Stadt- und Landstraßenbau ist dringend notwendig. Daß die Lage sehr schlimm ist, beweist ein Brief des Verbandes der preussischen Provinzen vom 28. August 1931, in dem es heißt:

„Wir teilen den Standpunkt, daß die wesentliche Beschränkung oder Einstellung von Bauarbeiten vor allem auf dem uns besonders berührenden Gebiete des Straßenbaues volkswirtschaftlich falsch ist. Abgesehen davon, daß der Allgemeinheit durch vermehrte Arbeitslosenunterstützung erhöhte Lasten erwachsen, werden die Unterhaltungskosten der Straßen in den kommenden Jahren unverhältnismäßig hoch sein. Hinzu kommt, daß durch den schlechten Zustand der Straßen der Kraftverkehr voraussichtlich zurückgehen wird.“

Neben diesen Arbeiten würde der Bau von Zäunern, also die Abzäunung von Wäldern, durch Kraftwerkstribunen, wirtschaftlich wertvoll und für das hineingestiefte Kapital durchaus rentierbar sein. Diese Arbeiten liefern sich auch international durchführen, und auch hierzu sollte die Regierung ihre Hand reichen, beispielsweise den Plan des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes unterstützen.

Ich mahne alle verantwortlichen Stellen, die Dinge nicht nur arbeitsmarktpolitisch, sondern auch staatspolitisch zu sehen.

Ich rufe für Hunderttausende von feiernden Bauarbeiterhänden nach Arbeit!

Alle unsere Arbeitslosen verzichten gern auf die Almosen des Staates und der Gemeinden. Sie wollen Werke schaffen. Sie wollen mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen.

In den Baunennrechnungen rosten Maschinen, Werkzeuge und Geräte; das Ritzzeug verfaul. In den Bauoffizien haben wir Berge von Bauplänen auf ihre Verwitterung wartend. Hunderttausende haben kein eigenes Heim, keine Wohnstätte, in der sie nach der Tagesarbeit in Stunden der Erholung neue Kraft schöpfen können.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Hunderttausenden Bauarbeiter nicht ins vollkommene Nichts gestürzt werden und so zur Verwerfung geziehen werden. Ihre seelische Einstellung zum Staat, zum Volk, zum Beruf, zum Leben auf ein sehr geringes Minimum herabgedrückt. Sald werden sie nicht mehr in ihnen jeder Hebe unterliegen; bald werden sie der Meinung sein, daß sie wirklich nicht mehr als ihre Ketten zu verlieren haben! Erlösung bringt uns Arbeit!

Gewerkschaftliche Einheitsfront.

Bei Abfassung dieses Artikels wissen wir noch nichts Positives über die von der Reichsregierung geplante neue Notverordnung. Jedenfalls versuchen die Spitzenverbände der Unternehmer in jeder Art und Weise die Reichsregierung zu beeinflussen, um die wirtschaftlich Schwachen der Willkür der wirtschaftlich Starken auszuliefern. Mit verheerender Hemmungswirkung versuchen die Unternehmer mit Hochdruck Notverordnungen zu erzwingen, wodurch ihnen die wirtschaftlich Schwachen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden.

Von jedem Einseitigen wird diese Gefahr erkannt. Da war es richtig, daß die Spitzenverbände aller drei gewerkschaftlichen Richtungen in Deutschland am 1. Oktober mit einer Kundgebung auf den Plan traten als Gegenkundgebung gegen das verdrückte Begehren der Unternehmerverbände. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände haben die nachstehende Kundgebung erlassen:

„Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Aufhebung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen

dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in härtester Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnof der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig hinfällig. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnof in

den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems

in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Versucht wurde sie durch überpannten Protektionismus, Subventionen, Ueberationalisierung, Kapitalverschlebung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.

Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die starre Interessentpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterbewegung ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl in Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksgutes die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zweck der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der härteren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gestunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Deffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fiktionen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rückständige Klärung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwelenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverschuldung und der Reparationen.“

Das ist ein positives Programm. Es entbehrt nicht der sachlichen Schärfe, zeigt aber auch, in welcher Weise aus der Notzeit der wirtschaftlichen und politischen Krise herauszukommen wäre. Es wird gezeigt, daß die bisherige Senkung der Löhne und Gehälter und der Abbau der Sozialpolitik zu nichts anderem als zu einer ungeheuren Verschärfung der allgemeinen Not geführt haben. Damit ist das auf Vernichtung der Arbeiterorganisationen gerichtete Programm der Unternehmerverbände mit einem Schlag widerlegt. Klar wird gezeigt, wo der wirtschaftliche Hebel anzusetzen ist. Ein Zugestehen unserer sogenannten Wirtschaftsführer und aller sonstigen Gegner der Gewerkschaften wird es dieser Kundgebung anheben. Dieses Gebot wird nicht abgelehnt. Auf der Seite der gewerkschaftlichen Einheitsfront stehen Verzicht und klare wirtschaftliche Einheitsfront sind die zahlreichen Auswüchse des gegenwärtigen Wirtschaftssystems werden angeprangert. Möge die in dieser Richtung geschaffene Einheitsfront aller Gewerkschaften einen guten Aufstakt bilden zur Bekämpfung der reaktionären Bestrebungen aller Gewerkschaftsgegner!

Wen es um die Kräfte geht, Tretet dem Arbeiter-Notstand bei!

Unser Jahrbuch 1930.

Der Zweck und Wert unserer Jahrbücher ist im „Grundstein“ schon öfters eingehend besprochen worden. Erhöhen aber sind da und dort noch Bundesfunktionen anzuführen, die das in den Jahrbüchern mühselig gesammelte Werbe- und Lesungsmaterial nicht kennen oder aus irgendwelchen Gründen nicht verwerten. Solche Kollegen seien sich dann in Versammlungen oder auf der Bau- oder Stempelstelle ernsthaften Gegnern gegenüber sehr hilflos, sie kennen das Wesen und die Leistungen des Bundes nur oberflächlich und sind daher niemals imstande, die falschen Behauptungen dieser Gegner zu widerlegen. Gewöhnlich wird dann nur um die Angelegenheit herumgeredet, der Streit geht ins Persönliche über, die aufgeworfene Frage bleibt ungeklärt. Wesentlich anders aber verlaufen solche Auseinandersetzungen dort, wo sich unsere Funktionäre aus den Jahrbüchern das nötige Rüstzeug zum Kampf gegen die Gegner des Bundes verschafft haben. Dort werden nicht nur die verteilten Behauptungen der Gegner, sondern auch die gegnerischen Behauptungen widerlegt, sondern es werden zur wirksamen Werbung auch die Leistungen des Bundes gebührend hervorgehoben. Der Erfolg zeigt sich in solchen Bauwerkstätten in einer gesteigerten Disziplinierung der Mitglieder, in einer geringeren Anzahl von Inorganisierten und damit in einer fruchtbareren Solidarität unter den Berufskollegen.

Nach dieser Einleitung nun zu unserem Jahrbuch. Der in öffentlichen Körperchaften als Vertreter fähige Kollege findet alles Wissenswerte über die Bauwirtschaft in den Abschnitten über Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Arbeitslosigkeit der Bundesmitglieder und die Bauunternehmungen im Geschäftsjahr 1930. Was gilt unter Einbeziehung des Abschnittes „Der Wirtschaftsjahr 1930“ auch für alle Funktionäre, die der Mitgliedschaft volkswirtschaftliche Aufklärung übermitteln wollen. In diesen Abschnitten des Jahrbuches wird auch gründlich Aufschluß gegeben über die Krise in der kapitalistischen Welt im Jahre 1930, über die damit verbundene Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Konjunktur, ihren Einfluß auf die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer katasrophalen Auswirkung auf dem Bauplatz. Der Rückgang an Wohnungen betrug im ganzen Reich 310 971. Dies sind rund 7000 weniger als im Vorjahre. Weit stärker als die Zahl der erstellten Wohnungen hat sich aber das Produktionsvolumen im Baugewerbe vermindert. Die durchschnittliche Raumzahl je Wohnung ist in den Mittelflächen von 3,8 auf 3,7 und in den Großstädten von 3,9 auf 3,8 zurückgegangen. Besonders ausführlich behandelt sind in dem Abschnitt „Bauwirtschaft und Wohnungswesen die Finanzierung des Wohnungsbau, der bisherige und der neue Kurs im Wohnungsbau, das Baupersonal in der Gesehung, die Baupreisfrage, die Kreditkosten und die Wohnungsmiete. Der Abschnitt „Die Bauunternehmungen im Geschäftsjahr 1930“ enthält wertvolles Material über den Geschäftsgang der Bauunternehmungen, deren Gewinne und Verluste, die Zusammenbrüche und ihre Ursachen. Das Kapitel „Arbeitslosigkeit der Bundesmitglieder“ ist im Berichtsjahr ergänzt worden durch eine statistische Uebersicht über die Dauer der Arbeitslosigkeit unserer Bundesmitglieder. 228 260 Mitglieder oder 47,57% der Gesamtmitgliedschaft unseres Bundes sind im Durchschnitt während des ganzen Jahres 1930 arbeitslos gewesen. Nach den Ergebnissen einer Sondererhebung im November 1930 waren 12 560 (4,3%) Mitglieder über 52 Wochen arbeitslos, 43 986 (14,4%) Mitglieder über 40 bis 52 Wochen, 64 067 (21,8%) 27 bis 39 Wochen. Die ersten 100 Mitglieder waren also über ein halbes Jahr arbeitslos.

Die Lehrtätigkeit und Neues enthalten auch in diesem Jahrbuch wieder die Abschnitte über „Arbeitsrecht und Sozialpolitik“ und über „Bauarbeiterfrage“. Wahre Fundgruben für die bei den Lohnbewegungen tätigen Funktionäre bedeuten ferner die Abschnitte „Die Bauarbeiterfrage in der Statistik“ und „Lohnbewegungen und Tarifverträge“. Hervorgehoben seien aus diesen Kapiteln nur die Besprechung der amtlichen Lohnverhandlungen vom Jahre 1929 und die Berichte über den Verlauf auf die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und über die Tätigkeit der Tarifkommissionen. Statistisch sind Mitglieder werden unterrichtet durch die Abschnitte „Arbeitslosenfrage“, „Baubelegeren- und Bildungswesen“, „Mitgliederbewegung“ und „Justizstatistik“. Aus ihrem Inhalt seien hervorgehoben die Besprechungen über den Umfang und die Ergebnisse der Bildungsarbeit in unserm Schulheim am Werlsee, über die Tätigkeit der Nichtschulabteilung und über die Schwierigkeiten bei der Werarbeit und im Baubelegerenwesen, ferner über die Ursachen des wenn auch verhältnismäßig geringen Mitgliederverlustes und über die Mitgliederbewegung innerhalb der Fachgruppen und Bezirksverbände. Die Mitgliederzahl hat sich im Berichtsjahr von 489 885 auf 402 423 verringert, also um 27 457 oder um 5,6%. Einige Berufsgruppen konnten trotz der großen Arbeitslosigkeit auch im Berichtsjahr ihre Mitgliederzahl erhöhen. Die Eisenleger um 5,7%, die Ofenmänner um 4%, die Isolierer um 3,5% und die Steinsetzler um 5,8%.

Sehr ausführlich ist diesmal auch der Bericht über das Leben und die Entwicklung der gegnerischen Sektorenorganisationen. Jedes Mitglied sollte diese überaus sorgfältig zusammengestellten Tatsachen kennen. Das gleiche gilt für die umfassenden Berichte über die Jugendarbeit, über die Internationalsorganisationen, über die Bauhilfenbewegung und über die Bauarbeiterinternationalen. Unentbehrlich für alle Kollegen, die Vertrauensämter bekleiden, ist das Wissen über die Vorgänge in der Verwaltung und im Kassawesen des Bundes, da gerade hier die Gegner am häufigsten und schärfsten ansetzen, obwohl von ihren Organisationsstellen verflucht werden. In den betreffenden Abschnitten des Jahrbuches sind die Funktionen, insbesondere der Bundesleitung, gründlich Aufschluß über die Leistungen des Bundes, sei es in Unterhaltungen der Mitglieder bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Abregelung, Rechtsstreitigkeiten oder in Sterbefällen und bei Invalidität. Auch die Beitragszahlung und der Markenumsatz sind hier eingehend besprochen. Die Entwicklung der Bundesfinanzen im Jahre 1930 ist gekennzeichnet durch eine starke Verringerung aller wesentlichen Einnahmen und einer gleichzeitigen Steigerung der wichtigsten Ausgaben. Die Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahre beträgt 7 315 457,43 M., das ist eine Einnahmeverminderung um 26%. Demgegenüber weisen die Ausgaben des Bundes in fast allen großen Posten gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Steigerung auf.

Insbesondere sind die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 9 168 746,20 M. auf 11 576 620,05 M. gestiegen. Das sind 2 407 873,85 M., gleich 26,3% mehr. An Krankenunterstützung sind dagegen 448 718,15 M., gleich 27,7% weniger ausgezahlt worden als im Vorjahre. Die als Sterbeunterstützung ausgezahlte Summe hat sich gegenüber dem Vorjahre nur ganz wenig geändert. Die schon seit einigen Jahren beobachtete Steigerung der Ausgaben für Invalidenunterstützung hat sich auch im Berichtsjahre fortgesetzt. Die Verbrauchsausgabe beträgt 223 695,85 M., gleich 37,3% der Vorjahressumme. Die Summe für Wanderunterstützung ist von 38 484,99 M. auf 100 646,98 M. gestiegen. Das bedeutet ein Mehr von 161,5%. Das gesamte Bundesvermögen hat sich als Ergebnis von Einnahme und Ausgabe um 6 106 697,35 M., gleich 20,08% verringert. Von diesem Vermögensrückgang entfallen 5 028 253,08 M. auf die Bundeshauptkasse und 1 078 444,27 M. auf das Vermögen der Bauwerkstätten.

Aus dem Bericht über Rechtschutz ergibt sich, daß die Internierung im Berichtsjahre vielfach als Überangebot von Arbeitskräften zu einem verstärkten Druck auf

Das soll das Mitgliedsbuch einer gewerkschaftlichen Organisation sein!?

Mitteldeutscher Bau-Prolet Kampfortgan der revolutionär. Gewerkschaftsopposition Industrie-Gruppe Bau Abonnements-Karte für Berufstätigkeit Wohnort Geboren am Wohnung (Ort) Straße Gewerkschaft Partei Bezirksausschuß der R. G. O. Industrie-Gruppe Bau Vom Inhaber selbst auszufüllen

In Wirtschaft ist es eine statische Kollektive, die dem Unterhalt (produktionsrechtlicher) Rechte der Gesellschaftsbewegung dient, revolutionären Klassenorganisationen und kollektivistischen Literaturorganisationen. Mit maßgebend Hauptbestandteilen diese „revolutionären“ Arbeiterorganisationen, die keinen Punkt von der Arbeiterbewegung haben, bis sie die besten, das romantische Café in Berlin und ähnliche Kaffeehäuser der Großstädte. Bewegungsfähigen aus dem Berliner „Wesen“ wie beim Neumann, das geistige Zentrum der SPD. Die sie mit enthält um das Schicksal der Arbeiterklasse Gebanten gemacht haben, denen der Sozialismus weiter nicht als ein neoplatonisches Abenteuer, denen dienen die Beiträge dieser „Klassenkämpfer“. Diese „Klassenkämpfer“ ist die Arbeiterbewegung gerade gut genug, den Werten für die Klassenkampf, romantisch der Sozialistenbewegung bezogen. Die SPD, aber nicht die R.G.O., sind in den Händen, es handelt sich bei der SPD, um Organisationen mit Hauptunterstützungseinrichtungen. In Wirtschaft ist die R.G.O., nicht in der Lage, auch nur den kleinsten Schritt zu finanzieren. Wenn's gut geht, kommt sie mit der Beteiligung an Bauhilfenorganisationen. Einem kleineren Betrag haben Arbeiter noch nicht erlebt. Aufgestellte Arbeiter halten sich von der R.G.O., und den Literaturorganisationen und ihrem Zentrum fern. Sie werden nicht dazu beitragen, auch nur durch einen einzigen Gedanken ein gewerkschaftliches Interesse wie den „Bau-Prolet“, die sogenannte „Kampfortgan der revolutionären Gewerkschaftsopposition“, zu finanzieren. Können sie und die, die nie als werden, nicht als bleiben!

die arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Verhältnisse ausgenutzt haben. Die Abwehr dieser Bestrebungen hat im Berichtsjahre trotz schwacher Bauwirtschaft und der geringen Beschäftigtenzahl die Rechtschutzfähigkeit des Bundes im Vergleich zum Vorjahre noch erhöht. Das zeigt sich vor allem in der Zahl der vom Bundesvorstand bewilligten Rechtschutzfälle. Im Jahre 1930 bewilligte der Bundesvorstand nach § 24 der Bundesstatut Rechtschutz für insgesamt 772 arbeitsrechtliche, sozialrechtliche und strafrechtliche Streitfälle gegenüber 730 im Vorjahre. Die Zahl der an den Streitfällen beteiligten Mitglieder war dagegen wegen der geringeren Beschäftigtenzahl niedriger als im Jahre 1929. Sie betrug 1489 gegenüber 1811 im Vorjahre. Die Jahresberichte der Rechtschutzgruppen und der 18 Bezirksverbände geben einen lehrreichen Uebersicht über die Aufnahme mühsamer Kleinarbeit, die im Laufe des Berichtsjahres innerhalb des Bundes geleistet werden mußte.

Den Schluß des Jahrbuches bildet wieder ein reichhaltiges Anlagenwerk von Tabellenübersichten. Hier kann der tiefer forschende Bundesfunktionär vor allem das für seinen Tätigkeitsbereich wichtige und ins Einzelne gehende Zahlenmaterial finden.

Wer ein vollständiges Bild über das Wesen und Wirken unserer Organisation gewinnen will, dem ist dringend geraten, wenigstens die wichtigsten Abschnitte des Jahrbuches zu lesen. So angenehm wie etwa die Lektüre eines Jahrbuches ist das freilich nicht. Doch soll hier der zur ernsthaften Organisationsarbeit bereite Funktionär bedenken, daß eine gute Vorbereitung besonders im gewerkschaftlichen Leben viel Aergers und Mühe spart, daß sich also die wenigen Stunden Forschung im Jahrbuch reichlich belohnt

machen. Kein Bundesfunktionär darf auf das malweisig im Jahrbuch gesammelte geistige Rüstzeug für den gewerkschaftlichen Kampf verzichten!

Immer wieder die alte Walze!

Wenn das Schwerkunferntum immer wieder nach allen möglichen reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiter schreit, dann darf dabei auch das „ehrbare Handwerk“ nicht fehlen. Und so lesen wir denn in der „Nordwestdeutschen Handwerker-Zeitung“ vom 18. September allerlei Erbauliches. Die Leitung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes verlangt in ihrem dem Sperrdruck, daß der Reichsverband des Deutschen Handwerkes „mit bisher noch nie dagewesener Nachdruck noch in dieser Stunde“ (marum nicht Sekunde? Red.) der Reichsregierung lebensnotwendigste Forderungen des Handwerkes zur Anwendung des endgültigen Zusammenbruchs übermitteln und vertreten soll. Und wenn wir nun diese „Forderungen“ durchsehen, so finden wir die alte und schale Schmachtrübe der Schmerindultrie, aufgemischt durch die ehrbaren, im Nordwestdeutschen Handwerkerbund vereinigten Handwerker, die verlangt die unerschöpfliche Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die sofortige Auflockerung des Tarifzwanges zwecks Senkung der Selbstkosten, der Abbau der Regiebetriebe und die Ueberführung ihrer Aufgaben in die „selbstverantwortliche“ freie Wirtschaft, die „Vereinfachung“ des gesamten öffentlichen Unterhaltungswezens zum Zwecke der Verbilligung, eine sofortige einschneidende „Reform“ der Sozialversicherung zwecks Entlastung der Arbeiter und Unternehmer. Der ungeheure Ernst der Stunde erfordert geisteslich, daß über das Reichskabinett hinaus auch dem Reichspräsidenten, dem Reichspräsidenten, unmittelbar diese Forderungen unterbreitet werden. Hier handelt es sich um ein umfassendes, organisch aufgebautes Gesamtprogramm zur Lösung der Krise, mit dem Ziel der endgültigen Abkehr von dem bisherigen System der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Die hiesigen Handwerksmeister Nordwestdeutschlands reihen das Maul herzlich weit auf. Der erste Teil ihres „Programms“ beauftragt in die Zeit umgelegt die endgültige Überwindung des Wohnungszwanges, wodurch die katastrophale Wirtschaftslage noch mehr verschlechtert würde. Aber ganz besonders am Herzen liegt den Innungskräutern die „föhlbare Auflockerung des Tarifzwanges“, was in gutes Deutsch überseht heißt, ohne Beachtung tariflicher Bindungen die Löhne ganz erheblich zu senken. Man verlangt nackt und bürd durch das Reichskabinett und darüber hinaus durch den Reichspräsidenten eine Verordnung, wodurch der Tarifnach für ganz Deutschland statlich sanktioniert als eine „gesetzliche“ Handlung erklärt wird. Damit glaubt man dann — wie behauptet wird — breite Schichten der Erwerbslosen in den Arbeitsprozess wieder einzufassen. Dieses öde Geschwafel hören wir jetzt fast täglich, obwohl bisher der „Erfolg“ jedes Lohnabbaus war, daß sich die Arbeitslosigkeit noch mehr verschärfte. Aber es gehört eben heute zum guten Ton, nackten Vergewaltigungsgelüsten ein ehrbar humanitäres Mäntelchen umzuhängen...

In dem gleichen Sinne wie diese Forderungen ist in der gleichen Nummer des Blattes auch der „Erfolg“ gehalten. Man glaubt, durch eine tarifrechtliche Lohnsenkung der färsen Auslandskonkurrenz beugen zu können. Ja, und was macht das Ausland? Es macht, wie wir schon vielfach zu beobachten Gelegenheit hatten, es den deutschen Internern nach und senkt ebenfalls die Löhne. So schmeigen sich die Unternehmer Deutschlands und die Unternehmer des Auslandes in ohnmächtiger Konkurrenz gegeneinander die Wälle zu, erreicht wird dadurch in der Frage der Konkurrenz gar nichts, und die einzig Leidtragenden sind bei einer solchen internationalen Lohnsenkungsaktion die Arbeiter. Das im übrigen den Handwerkskäufern genau wie in der Schmerindultrie die Uebernahme von Arbeit durch die öffentliche Hand ein Dorn im Auge ist, verstehen wir ohne weiteres. Das ist heute ebenfalls ein Bestandteil im reaktionären Schlagwortbetrieb. Und wenn diese Handwerksmeister eine „Vereinfachung“ des gesamten öffentlichen Unterhaltungswezens zum Zwecke der Verbilligung und eine sofortige einschneidende „Reform“ der Sozialversicherung verlangen, so bedeutet das in gutes Deutsch überseht nichts anderes als die Herabsetzung der Sozialversicherung auf das ärmste Minimum. Geradezu erforderlich mußte aber an, wenn erzählt wird, daß man diese „Reform“ durchsetzen wolle durch einen weiteren Ausbau des Innungskrankenkassenwesens. Eine „Reform“ in diesem Sinne bedeutete nur eine weitere Zersplitterung des Krankenkassenwesens und die Aufspaltung zahlreicher Innungskrankenkassen, die dann mit ihren wenigen Mitgliedern nichts leisten und weder leben noch sterben könnten. Wie malt sich nur in solchen Köpfen die Welt?

Mit Nachdruck wird in dem bereits erwähnten Leitartikel von dem Gemäßigten, der ihn verbrochen, schärftmachend erklärt, daß die Löhne in bestimmten, wesentlich „innenmarktmäßig“ eingestellten Gruppen (Bauarbeiter, merkt du was? Red.) noch heute bis 30% über den Löhnen anderer Industriegruppen lägen. Im Fortdruck wird nochmals betont, auf der ganzen Linie müsse man von den „parteilichpolitischen Bindungen in der Lohnpolitik“ abkommen. Die „harten Löhne“ müßten verschwinden, das staatliche Schlichtungswesen müsse beiseite werden. Schade nur, daß die Leitung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes vergessen hat, einmal zu fragen, wie es denn mit den „parteilichpolitischen Bindungen“ steht! Gegen solche Bindungen hat man auf jener Seite einsehend gar nichts einzuwenden. Und wie steht es ferner mit dem Problem der starren Preise in Deutschland? Wo hört man noch etwas von irgenwelcher Preislenkung? Das, Bauer, ist jedenfalls etwas anderes! Darau kommt es den verknöcherten Innungsgebern gar nicht an; es kommt ihnen ausschließlich darauf an, die Arbeiter in jeder Weise Lohn- und sozialpolitisch zu drücken und zu entsetzen. Die Tarifverträge gemalim zu beilegen und dann mit Hilfe der überaus miserablen Konjunktur die Arbeiterfrage so zu drücken, daß für sie Zustände entstehen, wie sie etwa zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Deutschland gang und gäbe waren. Aber die verpöppelten Innungskräuter haben ganz vergessen, daß bei solchen Maßnahmen auch die Arbeiterfrage ein Wort mitzureden hat. Und die deutsche Arbeiterfrage ist heute so weit vorgeschritten, daß sie es kraft ihrer Organisationskraft trotz der Ungunst der Krise vermag, solche gemalim und unerschämten Anschläge auf ihre Existenz zurück zu machen. Stärkt eure Gewerkschaften! Laßt sie im Augenblick höchster Gefahr nicht im Stich! Das ist die Lehre für die Arbeiterfrage aus diesen verfluchten Anschlägen verpöppelter Innungsmeister!

Behaltet trotz Not klaren Sinn!

Wärrere Klagen erheben heute viele Kollegen gegen die ihrer Meinung nach ungerechte Entscheidung unseres Bundesbeirats im Unterfütungsgefweien. Es wird geföhnt, die Gewerkschaften fänden ebenfalls im Zeilen der Notverordnungsung, sie hätten sich die Wärringfche Verordnungsungs-politik angeeignet, um auf Koflen der Arbeiter den Bundes-harten wieder ftofmdarken zu können. An den Notgrofchen der Kollegen wird genagt, indem man die Unterfütungs-fäge herabfetzt, während miffe man noch Vollbeiträge zahlen, um die Herren an der „Zutterkarippe“ zu erhalten. Was fei Korruption, die „Bonzen“ müßten abgefagt werden, um dann selber ftempeln zu gehen.

Solche und manchmal noch weif fchmälichere Redens-arten find heute einem Teil unserer Kollegen gefäufig. Es find Dhränen allerfchimmiger Art, die den nochten Zufällen direkt widerfprechen. Irgendwelches Verantworfungsgeföhlt fei bei fofchen Dhränen nicht mehr vorhanden.

Die beaufchten Arbeiter find die Opfer unfähiger Wirt-fchaftsführer geworden. Sie betrachten den Lebensnerv des Volkes, feine Arbeitskraft, nur als Objekt ihrer fkrupel-losen Profitwirtfchaft. Wenn es ihnen fofche Schreier zu-tufen, daß durch ihre Unfähigkeit das Volk an den äußerften Rand des Abgrundes gedrängt worden ift, aber über das Unternehmertum fchimpft man nicht; es ift viel bequemer, und es erfordert weit weniger Geift, den von den Wohlgefweisten tagtäglich herausgeföhnten „Verrat der Arbeiterführer“ ebenfalls mitzuführen.

Glaubt denn ein Mensch, daß die Unterfütungs-fäge in unserem Bunde nicht aus innerer Notwendigkeit heraus und mit fchwerem Setzen von unserem Bundesbeirat ab-gebaut worden find? Seht euch die Zahlen an, die ver-öffentlicht worden find! Kann irgendein Unternehmen permanent und jahrelang weif mehr a s s e geben als es einnimmt? Damals, als man die Gewerkschaften ge-gründet hatte, da fanden sich die Kollegen zufammen in dem Glauben an die Größe einer geföhnten Gewerkschafts-einheit, um über die fette der Unterdrückung hinweg-kommen und dem Arbeiter ein Mitberechtigt im Betrieb und am Bau zu verfchaffen. Viele unerfchütterliche Treue zur Idee fprengte damals die Kette des Knechtfeins. Da glänzte noch der Idealismus im reinften Feuer folidarifchen Handelns, da wurden ohne Murren die Beiträge gezahlt, ohne Murren wurden hohe Sonderbeiträge bei fchweren Kämpfen geföhlt, alles wurde eingeleitet beim Kampf um ein beßeres Menfchentum. War dies Wärrer unlohnend? Nie und nimmer! Herrliche Erfolge wurden dabei errungen und die Beiträge, die damals fremden Herzen gezöhlt wurden, waren „Baufteine zu dem heutigen großen Gebäude des Saugewerksbundes. Dieses jahrelange Mühen hat viel geföhlt, aber es hat auch — wer wollte das beftreiten? — gute Früchte gezeitigt.

Die fo erkämpften Ofter müßen uns heilig fein. Selbftverfändlich müßen wir immer wieder zu erförfchen fuchen, wo in der Bewegung Lücken vorhanden find, wir müßen immer wieder danach fraften, unferer Organifation einen fefteren Rückhalt zu geben. Aber unter keinen Um-fänden darf man den fchweren Mühen, die unter fofcher Unterdrückung geföhlt hat bis auf den heutigen Tag, ver-gessen und feine „Kritik“ gegen die richtigen, die in der Bewegung an erfter Stelle ftehen!

Mancher zweifelt heute an der Stärke der Gewerkschaften, ihn überlaufen Zweifel an deren weiterem Auf-ftieg. Wiefen Zweifel gibt er in oft unföhner Weife Aus-druck. Wer fih aber so verhält und außerdem noch Wärr-frauen in jeder Weife ausfchüffelt, der erfchwert den Auf-ftieg der Gewerkschaften und macht fih daran mit-fchuldig, wenn in Zeiten höchfter Not die Gewerkschaften einen fchweren Kampf haben. Frühere Jahre, die reich an Arbeitskämpfen waren, haben unsere Gewerkschaften auch oft ftrark mitgenommen. Sie haben Krißen erlebt und haben fe überlebt und find trotz alledem dabei groß geworden, fe find ftrark geworden und gingen in die Breite. Aber auch die reichften Quellen verfeihen, wenn aus ihnen zu viel ge-fchöpft wird. Und das wäre in unserem Bunde der Fall, wenn die bisherigen Unterfütungs-fäge beibehalten worden wären. Eine fofche ungeheure Wirtfchaftskriße bringt Ver-lufte. Soße Ausgabebelastung, geringen Einnahmen gegen-über. Es ift ganz natürlich und die logifche Folge, daß in fofchen Fällen die Ausgaben zurückgeföhrt werden müßen, um vor allem die Kam p f f ä h i g k e i t für fpätere Zeiten aufrechtzuerhalten zu können. Und gerade jene, die heute über den Abbau der Unterfütungen jeftern, fe waren es in den mefften Fällen, die feinerzeit immer über die Unterfütungseinrichtungen der Gewerkschaften gering-fchätzig die Wärrfen zuckten und fagten, durch die Unter-fütungseinrichtungen ginge der Kampfcharakter der Organifation zugrunde.

Wemif, Kritik ift jederzeit nötig. Aber man muß dabei logifch fein. Aus den vorhandenen Zufällen muß man als Schlufffolgerung die Erkenntnis ziehen, daß fo und nicht anders gehandelt werden konnte. Wiefel Wirtfchaftsmaßnahme des Bundesbeirats galt nicht etwa der Schwächung der Organifation, fondern ihrer Stärkung, um in kritifchen Not- und Kampffzeiten dem Gegner geföhlt entgegen-ftehen zu können. Wiefel Wirtfchaftsmaßnahme der Bundesbeirat eurer Betrachtungen! Dann werdet ihr zu anderen Schluffen kommen und erkennen, daß eure Kritik in der hier zur Befprechung ftehenden Frage ungerecht ift. Behaltet trotz großer Not klaren Sinn! Das ift es, was ich euch zurufen habe!

Bernhard Dieß, Baurweih.

Immer wieder auf Koflen der Arbeitslofen.

Der Vorstand der Reichsanftalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslofenverficherung hat in feiner Sitzung am 1. Oktober entfprechend der Verordnung des Reichsprä-fidenten befohlen, die Höchstdauer der verficherungsmäßigen Arbeitslofenunterfütung von 28 Wochen auf 20 Wochen und für berufsfähige Arbeitslofe auf 16 Wochen zu kürzen. Der Vertreter der Reichsregierung fannnte dem Befchluff der Reichsanftalt zu. Die Verneinung ift am 5. Oktober ftrark beföhnt worden.

Damit ift die vom Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald wiederholt angeforderte Herabfegung der Unterfütungs-dauer in der Arbeitslofenverficherung Lafache geworden. Nachdem die erste große „lojalpolitifche“ Laf der Brüning-Regierung darin befohen, die Arbeitslofenverficherung vom Reichsfetat „abzugeben“, kam die Arbeitslofenverficherung auf eine fchlechte Ebene. Was jezt befohen worden ift, war voranzufehen. Allen Profeften in diefer Sache gegenüber hat die Reichsregierung kein Ohr. Man will nun einmal nicht nur den Reichsfparf auf Koflen der Arbeitslofen jarnieren, fondern fogar die ganze Wirtfchaftskriße durch Druck auf den Wärrer der Wirtfchaften befohen. Für die Arbeitslofen bedeutet der Befchluff des Vorstandes der Reichsanftalt, gegen den fih der in diefer Nummer ver-öffentlichte Profef der Gewerkschaften ebenfalls richtet, eine ungemöhnliche Härte. Sie kommen nunmehr 6 Wochen eher als bisher in die Krißenfänger; das heißt fe be-kommen 6 Wochen früher als bisher niedrigere Unter-fütungs-fäge und unterliegen außerdem der Bedürftigkeits-prüfung. Dabei foll noch überdies die Krißenfänger feifft wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten der Gemein-den „neugeordnet“ werden. Was man fozialpolitifch unter Neuordnung verfteht, ift nachgerade hinreichend bekannt. — Eine Verordnung der Reichsregierung, die die Bezugsdauer von Krißenunterfütungsgeföhnen, also um fechs Wochen verlängert, foll in Vorbereitung fein.

Daß die Saisonarbeiter, die fogenannten berufsfähigen Arbeitslofen, fih der Härten „Riehe“ der heutigen fozialpolitifchen Schwärmer erfreuen, ift leider auch fchon zu einer allbekannten Selbftverfändlichkeit geworden. Es gibt falk keine Saisonarbeiter-Erwerbslofenfrage, bei der nicht die Bauarbeiter befonders „begünstigt“ werden. So hatte unfer Bundesvorstand an den Reichsfparfminifter eine Ein-gabe gerichtet, die fogenannten berufsfähigen Arbeitslofen, also Erwerbslofen, die nicht reguläre Unterfütungs-fäge be-kommen, bei den Rundfunkverleihungsgebühren fo zu be-halten wie Krißenunterfütungsgeföhnen, ihnen die Rund-funkgebühren zu erlafien. Wief hat der Reichsfparfminifter aus „grundfäßlichen Erwägungen und mit Rückficht auf die gefperrnte Finanzlage“ der Wirtfchaften beföhnt ab-gelehnt. Wiefel gefteht nicht, „Erwerbslofen, die einem Beruf oder Gewerbe angehören, in dem eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslofenvermittlung und Arbeitslofenver-ficherung nach den jeweiligen Lohnkaffen der Krißenfänger Unterfütung erhalten, die Rundfunkverleihungsgebühren zu erlafien.“ Gabelhaft! Immer noch berufsfähige Arbeitslofe. Im Reichsfparfminifterium kennt man keine Kriße, weder Welt-noch Baumwirtfchaftskriße. Letztere ift ftrach 55 % (im Mini-mum!) Dauerarbeitslofenfrage immer noch „berufsfähig“!

Bessere Propaganda-Faktoren als gewiffe Regierungs-fellen und gewiffe Beföhls- und Verordnungen können fih die republikanifchen Parteien nicht wünfchen. Wief die Verantwortlichen dies einfehen werden, glauben wir nicht. Die Arbeiterfchaft muß fih ihr politifches und foziales Gefchick feifft fchneiden.

Europäifche Arbeitsbefchaffung.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat ein Programm öffentlicher Arbeiten in europäifchem Aus-maße vorgefchlagen. Angefichts der politifchen Zerffiffenheit Europas und des unter den Mächten noch immer herrschen-

den Mißtrauens kann leider von der Aufftellung eines einheitlichen internationalen Programms für Europa noch nicht gefprochen werden. Immerhin liegen bereits eine Reihe von Profekten vor, die zur Zeit einer Beratung unterzogen werden. Es muß hier von vornherein feftgeföhlt werden, daß das Internationale Arbeitsamt fih nicht dem Glauben hingibt, durch diefe öffentlichen Arbeiten die Ar-beitslofen zu beföhnen. Tröghem werden diefe großen internationalen Arbeiten ein Hilfsmittel fein können zur Linderung der Arbeitslofenfrage, genau fo wie es im nation-alen Rahmen gewiffe Notstandsarbeiten find. Dazu kommt, daß diefe Arbeiten geeignet find, die wirtfchaftliche Tätig-keit in zahlreichen Ländern anzukurbeln, Vertrauen und Zuversicht zu erwecken und den kapitalarmen Staaten einige langfriftige Kredite zu fehern.

Zu den geplanten Arbeiten gehört die Anlage eines aus-gedehnten internationalen Straßennetzes. Wemif verfügt Europa über eine große Anzahl guter Straßen, in einigen Ländern können fe fogar als vorbildlich bezeich-net werden. Kann man aber in der heutigen Zeit, da fih der Automobilverkehr mit ungeheuren Ausmaßen entwickelt hat, auch noch nur ein einziges diefer Netze den Bedürfniffen des internationalen Verkehrs entföhnen? In allen fozialpolitifchen Ländern Europas baut man befondere Anftalten, die miteinander verbunden werden müßen. Dies internationale Straßennetz müßte gewiffe Haupt-linien aufweifen, von denen die eine etwa von Paris über Wien nach Athen, die andere von Paris über Berlin nach Warschau und Moskau, eine dritte über die Alpen und eine vierte vom Balkan zur Diefee führen würde. Damit erhielte das geeinte Europa, auf das man gegenwärtig Ar-beitet, feine Kernlinien. Neben dem Straßennetz be-dürfen die Schiffahrtswege eines weitern Ausbaues. Ge-wiffe Hauptfluffe find bereits ausgebaut. Es handelt fih nun darum, zwischen ihnen eine Verbindung herzuftehen, vom Rhein zur Rhône, vom Norddeutfchland zur Donau.

In befchränktem Umfang ift man auch fchon darange-gangen, elektriſche Leitungen über Ländergrenzen hinweg zu legen, und diefezügig ift man fchon zu Abkommen zwischen der Schweiz einerfeits und Frankreich, Deutfchland und Italien andererfeits (fowie zwischen Frankreich und Belgien) gelangt. Ja, die belgifche Regierung hat bereits in einer dem Studienaufſchuff für europäifche Zusammenarbeit im Januar 1931 vorgelegten Denkfchrift das Problem der internationalen Verteilung der elektriſchen Kraft aufgewor-fen. Auch hier handelt es fih um ein Unternehmen von höchstem Nutzen, das gleichfalls dazu beitragen würde, Europa eine einheitliche wirtfchaftliche Gliederung zu geben. Daneben würde ein fofches Unternehmen auch zu erheblichen Lieferungsanfträgen führen, die einer Reihe von Ländern zugute kommen würden.

Eine andere Arbeit, die in internationalem Ausmaße durchgeführt werden könnte und eine fchon feit langem dringlichft notwendig gemordene Arbeitslofenmaßnahme darftellt, wäre die allgemeine Einföhrung der automatiſchen Kupplung auf fämtlichen Eifenbahnen, da die heute noch gebräuchliche Handkupplung zahlreiche Menfchenopfer for-dert. Allein hinföhlich der deutſchen Verhältniffe fei das Internationale Arbeitsamt, geföhlt auf die Angaben von Sachverfändlichen, folgende Zahlen an: 750 000 Eifen-bahnwagen wären mit der neuen Kupplung zu verfehen, die Koften würden fih auf etwa 2 Milliarden Schweizer Fran-ken belaufen. Hieron würden nur etwa ein Fünftel auf das Material und die Einföhrung dagegen auf die Löhne entfallen. Bei einem Tageslohn von 10 Schweizer Franken und einer fünfjöhrligen Dauer diefer Arbeiten, könnten also allein in Deutfchland während diefer Zeit 100 000 Arbeiter beföhnt werden. Ganz Europa zählt aber fechsmal fowiel Eifen-bahnwagen als Deutfchland. Es könnten mithin 600 000 Ar-beiter fünf Jahre lang beföhnt werden, wenn man diefen nützlichen Plan zur Durchführung brächte. Zweifellos ift die Finanzierungsfrage von entfcheidender Bedeutung. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts ift jedoch hinföhlich der MÖglichkeiten der Weifbefchaffung optimiftifch, um fo mehr, als gegenwärtig ungeheure Kapitalfummern nach einer zweckmäßigen Anlage fuchen. Die Pläne des Direktors des Internationalen Arbeitsamts werden in einer gewiffen Drefe mit Spott und Sobn überföhnen und als Utopie und „Patentföhnen“ befeite geföhnt. Schon mehr als einmal ift in der Weif die Utopie zur Wirklichkeit geworden. Sowie es fih um die gemeinfamen Arbeiten in Europa handelt, wird die Utopie fogar zu einer zwingenden Notwendigkeit. Wenn die abfchredende Privatwirtfchaft die Bedeutung der notwendigen kollektiven Anftrengungen nicht erkennt, wird fe noch vor der Zeit ins Grab finfen, die ihr die Weif-fichte zugemessen hat.

Arbeitslofigkeit im Deutfchen Baugewerksbund. Feftftellungsergebnis vom 14. September 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feftftellungstage arbeitslos

Table with columns: Bezirksverband, Bundesmitglieder, Arbeitslos, and various sub-categories of workers. Includes rows for Königsberg, Danzig, Gießen, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Pofdam, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, and a total row.



Unterhaltung und Wissen



Edel sei der Mensch . . .

Edel ist eine Ableitung von „edel“. Unter Edelmann versteht der honeste Bürgermann in der Hauptsache die Nachfahren der mittelalterlichen Raubritter oder die Nachkommen des in der verfallenen Kaiserzeit äppelg ins Kraut geschossenen Finanzdeils. Da diese „abligen“ Zeitgenossen alle edel sind, mag hier nicht näher unterjucht werden. Aber sie haben nun einmal das Adelsprivileg in Erbpacht, und mancher „Edelmann“ schaut hochmütig herab auf die misera plebs, das gewöhnliche Arbeitsvolk, dem das Wörtchen „von“ vor dem Namen fehlt. Die Annahme, auch Arbeiter könnten edel sein, stieße bei ihnen auf ungläubiges Kopfschütteln. Und doch finden wir oft beim Arbeiter einen Edelmann, der die Nachfahren alter Raubrittergeschlechter beschämen könnte. Darüber möchte ich etwas erzählen.

Wir arbeiteten an einer riesigen neuen Betonbrücke, die den dreifachen Fluß überqueren sollte. Alles war in emriger Eile. Während der Pausen gab es auch viel Unterhaltung. Dabei wurde auch politisiert, und die das am „besten“ konnten, das waren die Radikalen. Die beherrschten das Feld mit der großen Klappe. Viele von ihnen waren natürlich Volksgewissen, andere aber vom Tagesgeist durchtränkt. Die Tageserzählungen vom Erbfeind, während ihre Antipoden von dem Feind erzählten, das von Ausland aus der Welt gebracht werden solle. Alle aber pochten bei Vertretung ihrer Anschauung darauf, daß das Heil nur durch Waffengewalt erobert werden könne. Da plakte eines Tages in diesen Sirkel Fritz Sakrow. Er war zierlich gebaut und sah äußerlich kaum einem Arbeiter ähnlich. Eher möchte man denken, daß er ein Bürokrat war; denn seine Hände waren zart und glänzen mehr den Händen einer Frau. Und dieser Fritz Sakrow, ein Handwerker, offenbar auch sehr dabei seine Meinung. Die oftmals in der Baubude aufeinanderstößenden Gegenstände suchte er ausgleichend. Vor allem hatte er eine andere Vorstellung von völkerrächtlichen Dingen und Zusammen-

Eines der vielen Opfer des Krieges und der Notverordnung.



Kriegsbeschädigter 2. St., Wismar
Dienstbeschädigung: Durch Gasvergiftung Nase, ein Ohr und ein Auge verloren, schwere Narben und Entstellungen des Gesichtes. Erwerbsminderung 70 v. H.
Geboren 13. Oktober 1899, verheiratet, zwei Kinder, keine Arbeit, weil ihn wegen seines Aussehens niemand einstellen will. Renten kürzung nach der Notverordnung 10,2 v. H., d. h. von 86,85 auf 77,25 RM. monatlich.
(Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitgeteilt.)

dort das schwarze Anschlagbrett. Soeben kommt Fritz Sakrow hinzu und findet seinen Namen auf der Liste der Entlassenen. Er weiß, daß er seine Entlassung Franz Driesen zu verdanken hat. Der hatte ihm ja erst kürzlich damit gedroht. Und nun sollte Fritz Sakrow das Feld räumen. Wegen seiner verhörenden Weltanschauung sollte er die Baustelle verlassen.

So kam der letzte Arbeitstag. Fritz mußte eine unbedingte nötige Nachschicht mitmachen. Diese Nacharbeit wurde verrichtet bei der Beleuchtung durch große elektrische Lampen.

Nach über dem Wasser hebt sich das gigantische Bauwerk ab von dem unruhig darunter dahinprudelnden breiten Strom. Die Arbeiter müssen aufpassen. Falls irgend etwas ihren Händen entgleitet, so verschlingen es die zischenden Wellen, die alles mit ungeheurer Kraft mit sich fortziehen, was sich ihnen in den Weg stellt. Besonders an den Strompfeilern schäumt das Wasser in weißen Kaminen auf und macht strudelartige Bewegungen. Unter solchen Umständen vergeht den Arbeitern die Luft, hastig zu arbeiten. Jeder ist befreit, einen sicheren und festen Halt hoch oben auf dem Bauwerk zu haben. Ein einziger Fehltritt würde genügen, um in die eifigen Fluten zu stürzen und ein nasses Grab zu finden. Folglich darf keine Vorhitz außer acht gelassen werden.

An der gefährlichsten Stelle auf der Brücke möchte in dieser Nacht keiner gern arbeiten. Die Gefahr erscheint ihnen zu groß. Doch die Arbeit ist nötig. Mindestens drei Arbeiter müssen an die gefährlichste Stelle. Merkwürdigerweise war Fritz Sakrow der erste, der sich zu dieser Arbeit freiwillig meldete. Das hatte keiner er-

wartet. Man hatte ihn ja so oft einen Feigling genannt. Nun aber übertraf er an persönlicher Mut alle. Der Kraftmann Franz Driesen wollte sich aber durch Sakrow nicht beschämen lassen. Er nahm Hammer und Wasserwaage und folgte Fritz Sakrow an den gefährlichen Posten. Ein dritter folgte.

Mit lautem Widerhall klingen dumpfe Hammerschläge durch die Nacht. Die Scheinwerfer erleuchten alles taghell. Auf den schwarzen Wassern hängen die ins Kliefenblech vergrößerten Schatten der Menschen darin.

Da geschieht plötzlich etwas Unerwartetes. Ein Krachen und Aufschreien ertönt; es fällt etwas in den Fluß. Und man hört im Wasser ein Krachen, als wenn Menschen mit den Wellen kämpfen. Einige Arbeiter haben gesehen, daß zwei hilflose Körper in das Wasser plumpften und mit ihnen einige Bretter. Dann war über dem Wasser alles still. Nichts kam wieder zum Vorschein. Der Strom zog wie ehedem seine unruhige Bahn . . .

Das alles war ein Werk weniger Sekunden. Aber dann sah man Fritz Sakrow. Schnell warf er Jacke und Hemd vom Körper. Und im nächsten Moment sprang er von der Brücke in den Strom.

Ja, das war Fritz Sakrow, der Kriegsdienstverweigerer. Ihm fehlte der Mut und die Tapferkeit, mit dem Schießessen ins Feld zu ziehen. Er war für Völkerverehrung. Hier warf er sich unbedenklich in die Flut, um Arbeitskameraden zu retten.

Doch die Fluten ausstuflos. Allerdings gelang es ihm, mit Schnelligkeit eine im Wasser liegende Bohle zu erreichen und auf ihr sitzend und rudern Strom zu schwimmen. Dort unten tauchten auch die ins Wasser Gefallenen wieder auf. Fritz Sakrow folgte ihnen. Aber die Strömung war stark. Die mit dem Wasser kämpfenden wurden immer weiter abgetrieben.

Und dennoch gelang es Fritz, die beiden zu erreichen. Er packte den einen der Ertrinkenden am Rockkragen und



... und findet seinen Namen auf der Liste der Entlassenen.

hängen. Stets umspulte ein feines Lächeln seinen Mund, wenn er die anderen bramarbasieren hörte und er dann seine eigene Anschauung offenbarte. Aber auch im Streit blieb sein Gesicht stets freundlich. Dabei nannte er den Krieg Massenmord und präs als oberstes Ideal den Gedanken des Weltfriedens.

Damit stieß er bei den Radikalen von rechts und links natürlich auf harten Widerstand. Die Tages nannten ihn einen Parteifreund und die Tages einen unwilligen Menschen. Und bald wandten sich Haß und Verger gegen Sakrow. Das machte ihn fräutig, aber sein Mut verließ ihn trotz alledem nicht. Er blieb bei seiner Anschauung. Und seine Ueberzeugung gab ihm immer wieder die Kraft, seinen Standpunkt lebhaft zu verteidigen. Auch dann, wenn man ihn einen Feigling schalt. Und immer hatte er für alle ein freundliches Lächeln übrig. Er bekräftigte seine Meinungsgegner nicht mit Troll oder Haß; immer wieder versuchte er, ihnen seine Meinung beizubringen. Und wenn ihm im Verlaufe des Wortgefechts sogar größte Schimpereien und übelste Verleumdungen entgegenge-schleubert wurden, so suchte er immer wieder mit Worten und nicht etwa mit der Faust seine Gegner zu überwinden. Trotzdem hatte er einen schweren Stand. Oft drohte man ihm mit Schlägen; gewaltfam wollte man ihn zu einer anderen Auffassung zwingen. Aber Sakrow blieb fest und froste jeder Gefahr.

So kam denn, was kommen mußte. Es gelang den radikalen Stänkern, fast die gesamte Belegschaft gegen Fritz Sakrow aufzustacheln. Zunächst versuchte man es mit allerlei kleinlichen Schikanen. Dabei tat sich vor allem Franz Driesen, der als Kraftmann bekannt war, hervor. Immer wieder sprach er beleidigend und herausfordernd auf Sakrow ein, und erklärte immer wieder dessen Ansichten als blödsinnig und überflüssig. Franz Driesen war zugleich auch der Sohn des Politers; dadurch hatte er einen gewissen Einfluß. Und da man überlegen gekommen war, Sakrow von der Baustelle zu verdrängen, so machte Franz Driesen eines Tages seinem Vater den Vorschlag, Fritz Sakrow wegen „Arbeitsmangel“ zu entlassen.

Das mer Mittwoch, kurz nach Feierabend. Eine große Anzahl von Arbeitern steht an der Baubude und betrachtet



Beide waren tot. Der Strom hatte sie ans Ufer getrieben.

zog ihn zu sich auf die Bohle. Schnell brachte er ihn an sichere Land. Aber nun sollte auch noch der zweite gerettet werden. Unbekümmert stürzte sich Fritz Sakrow von neuem mit seiner Bohle in die Fluten. Ach, den er da nunmehr zu retten versuchte, das war Franz Driesen, dem er seine Entlassung zu verdanken hatte. Danach fragte Fritz Sakrow aber nicht. Erneut ging es um Leben und Tod. Die Dunkelheit verschlang diesen weiteren Kampf der Menschen mit dem nassen Element. Keinen von beiden sah man in dieser Nacht wieder.

Um andern Worten suchte man den Fluß ab. Man fand zwei Menschen fest aneinander geklemmt im kalten Wasser am Ufer. Beide waren tot. Der Strom hatte sie ans Ufer geworfen. In der Todesangst hatte Franz Driesen jedenfalls seinen Refter zu stark umklammert und dadurch die Rettung beider unmöglich gemacht . . .

Auf Fritz Sakrows Gesicht lag ein feines, zartes Lächeln. Jenes Lächeln, das man früher so oft an ihm beobachtet konnte. Er hatte sich aufgeopfert. Er hatte seinen grimmigsten Feind an dieser Baustelle zu retten versucht. In letzter Stunde zeigte er seinen edlen Charakter. Die Verehrung, die nunmehr die an der Baustelle Verbliebenen dem Toten zollten, erreichte ihn nicht mehr. Fritz Sakrow war tot. Ein wahrhaft edler Mensch war mit ihm dahingegangen.

Erich Weniger, Redaktionschef.

Unseren Abgeordneten!

(Zum Zusammentritt des Reichstages.)

Wir grüßen euch, die ihr durch das Vertrauen Der Proletarier Volksvertreter seid!
Ihr wißt, daß unsre Augen auf euch schauen,
Wißt, wie uns drückt die Arbeitslosigkeit!

Spruchwörtlich ist der Fleiß der deutschen Massen,
Die heute von der Arbeit ferngehalten;
Es blieb den Notverordnern überlassen,
Die Not noch fürchterlicher zu gestalten!

Einst galt das Wort: „Nur Arbeit kann uns retten!“
Hat diesen Wahlanspruch man total vergessen?
Heut läßt veröden man der Arbeit Stätten,
Glaubt man, zu sichern so des Volks Interessen?

Laßt andre um Ministeressel rauen!
Der Helferwille sei es, der euch eint
Zum Kampfe gegen Interessentenbau!
Wer abseits steht, der ist der Arbeit Feind!

Wir fordern: Laßt Prinzipienreitereien!
An euch liegt's, ob wir weiter euch vertrauen!
Die Not bekämpft man nicht mit Streitereien —
Es gilt der Arbeit Feld neu zu bebauen!

Schnaft Arbeit! Dies die Forderung der Stunde,
Vielleicht der letzten, ehe alles bricht!
Der Arbeit Massen gehen vor die Hunde —
Dies abzuvenden sei euch höchste Pflicht!

Max Vollmann.

Vereinfachter Offenbarungseid.

Gekanntlich darf die Lösung der Soldaten nicht gepfändet werden, auch nicht für Alimente. Noch bekanntlicher sind aber unsere Soldaten gerade auf jenem Gebiet des menschlichen Lebens sehr beliebt, auf dem es nicht immer ohne Alimente abgeht. Die Folge sind Unterhaltungsprozesse, die regelmäßig — der Jurist sagt „formulärmäßig“ — mit einem Offenbarungseid des braven Reichswehrmannes enden.

Im Rahmen der Bestrebungen zur Geschäftsvereinfachung und Entlastung der Gerichte soll man sich deshalb im Reichsbuchhandelsministerium mit dem Gedanken tragen, bei Rettung des Fahnenreißes gleich den Offenbarungseid mit-schweren zu lassen.

Allgemeine Rundschau

Zur Neugefaltung der Hauszinssteuer. Im Wohnungsausfluß des Reichstags wurde folgender Antrag der Sozialdemokraten angenommen: „Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht die Neubebauung des Wohnungsbaues zur gebietstheoretischen Notwendigkeit. Daher muß bei einer Neugefaltung der Hauszinssteuer auf folgende Punkte Rücksicht genommen werden: 1. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ausschließlich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden. 2. Die Ausgleichung für die Mehrbelastung der Hausbesitzer durch die Erhöhung des Aufwertungsansatzes darf nur individuell im Rahmen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchgeführt werden. 3. Die Eigentümer von Altbauwohnungen mit einem Friedenswert bis zu 5000 M sind von der Hauszinssteuer freizustellen. 4. Wenn darüber hinaus eine Senkung der Hauszinssteuer durchgeführt werden soll, muß sie für die Senkung der Mieten, in erster Linie für die Senkung der Neubauwerten, verwendet werden.“

Für planmäßige Förderung des Wohnungsbaues. Die Vertreter des Bundes Deutscher Mietervereine, die im Dresden, nahmen am 20. September zu der Frage der Umgestaltung der Aufwertungs- (Hauszins-) Steuer einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen die Lösungen wendet, die von der Reichsregierung restlose Befreiung der Wohnungszwangswirtschaft, Aufhebung der Vorschriften gegen den Mietwucher, Abkehr von dem Plan für ein soziales Mietrecht, Herabsetzung der Hauszinssteuer von einem Sollbetrag von mehr als 2 Milliarden Mark jährlich auf 300 Millionen Mark jährlich, unter gleichzeitiger Festlegung eines neuen Endtermins, Abstandsnahme von jeder neuen steuerlichen Belastung, des Hauszinses fordern. Der Hauszins ist durch die Aufwertungsgegenleistung um mindestens 70 Milliarden Mark auf Kosten der Staatsschatz und Hypothekengeldgeber entlastet worden; heute zahlt er an Stelle der 4 Milliarden Hypothekenzinsen vor dem Krieg nur noch eine Milliarde Aufwertungsgegenleistungen. „Statt die in dieser Entschädigung liegende Steuerquelle auszuhebeln und den Hausbesitz entsprechend mit einer Entschuldigungsrente zu belegen, die bei gleichzeitiger Senkung der geleisteten Miete auf 100% und trotz reichlicher Bemessung der Anteile für Betriebs- und Unterhaltungskosten, mindestens noch 1/2 Milliarde jährlich auf Jahre hinaus erbringen würde und damit der Behebung weiterer Wirtschaft, insbesondere des Neubaus, dienlich wäre, scheint die Regierung bei gleichzeitiger Abnahme einer Senkung der geleisteten Miete auf eine weitgehende steuerliche Entlastung des Hausbesitzes hinsichtlich der Hauszinssteuer zu kommen zu wollen. Den unerhörten Forderungen des Hausbesitzes und den offenbar bei der Reichsregierung vorhandenen Absichten müssen die Mieter aller Schichten und Stände mit allen Kräften entgegenzutreten. Die Mietervereine fordern: Neuordnung der Mietzinssteuer zur endgültigen Erfassung der durch den Hausbesitz gemachten Entschuldigungsrenten, uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Mietzinses, allgemeine Senkung der Mieten einschließlich geheimer Maßnahmen zur Senkung der Neubauwerten. Sie verlangen, daß die Regierung der sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten Herr wird. Sie hat seit Jahren die planmäßige Förderung eines Wohnungsbaues mit tragbaren Mieten gefördert — die Reichsregierung und die Länderregierungen haben demgegenüber ebenso den Neubau mit ständig steigenden Mieten gefördert. Sie hat seit Jahren die Erfassung der Entschädigung des Hausbesitzes durch Feststellung der tatsächlich eingetretenen Entschädigung des einzelnen Grundstückes gefördert — die Reichsregierung und Länderregierungen haben Feststellungen und steuerliche endgültige Regelung ebenso planmäßig verhindert. Die Mietervereine fordern die sofortige Aufhebung der Mietzinssteuer, die an charakteristischen Beispielen von Leipzig Wohnungen die Möglichkeit der Umteilung zeigen. In Plänen, Skizzen, perspektivischen Darstellungen und Modellen wird gezeigt, wie die Großwohnungen, die heute kaum noch vermierbar sind, wieder benutzbar gemacht werden, indem man sie aufteilt in Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen. Aber nicht nur die bau- und wohnungstechnischen Gesichtspunkte werden behandelt, man findet auch bei fast jedem Plan Angaben über die Umbaukosten, über den Mietpreis je Quadratmeter und für die ganze Wohnfläche vor und nach der Umteilung.“

Deutsche Bauausstellung Westin. Zu einem Abschiedsmpfang hatten sich am 23. September viele Förderer und Mitarbeiter der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 eingefunden. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Hans Dr.-Ing. Pieper, gab einen Rückblick auf die langjährige Vorbereitungsarbeit der Ausstellung und die trotz der zunehmenden Schwierigkeiten Lage erfolgreich durchgeführte Verwirklichung des Ausstellungsplanes. Mit seinen Dankesworten an alle Mitarbeiter und Förderer der großen Schau verknüpfte Dr. Pieper den Hinweis auf die Fortführung der nachrichtigen Berliner Sommerchau 1932: „Somme, Lust und Haus für alle!“ wird der Bauausstellungsplan vom Ausstellungsamt der Stadt Berlin durch die Behandlung aktuellster Probleme des Bauens und Wohnens weitergeführt werden. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die an der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1931“ interessierten Kreise den Arbeiten des Ausstellungsamtes zur Fortführung der Bauausstellungsplan durch weitere ihre Unterstützung leisten werden.

Reine Baustelle ohne Baudelegierte! Verleg: Deutscher Bauarbeiterbund (Wilhelm Benckard). — Verantwortl. Schriftf. Heiter Schmidt. — Verantwortl. für den Anzeigenteil: Paul Raue, Schriftf. in Berlin. — Druck: Bornwärts Buchdruckerei, Berlin 63/68

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Satzungsänderung. In Ergänzung der Satzungsänderung vom 3. August 1931 hat der Bundesrat im § 27 Ziff. 18 den Satz 2 geändert. Er lautet nunmehr: „Nach zweimaligem Bezug der Wanderunterfertigung oder einmaligem Bezug der Wanderunterfertigung und einmaligem Bezug der Unterfertigung am Ort für 48 Tage innerhalb eines Unterfertigungszeitraums wird das Mitglied erst nach Zahlung von 104 Bundesbeiträgen zum zweiten oder dritten Male bezugsberechtigt.“ Als 3. Satz wurde angefügt: „Das Mitglied kann höchstens dreimal Wanderunterfertigung beziehen.“

Abhanden gekommene Passwörter. Dem Kollegen Heinrich Warne, Maurer, Buch-Nr. 4887, geboren 18. August 1886 in Friedland/M., eingetreteten am 23. November 1918, ist das Mitgliedbuch verloren worden. — Theodor Schreiber, geboren am 11. August 1886, hat am 18. September auf dem Wege von Wenzsch-Luppa nach Leipzig, anlässlich einer Fahrradtour, sein Mitgliedbuch nebst einigen Photographien und der Buchhülle verloren. Sollte das Verlorene gefunden werden, bitte wir, es zu senden an die Bauwerkerschaft Senftenberg R./L., Güterbahnhofstr. 29.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Wittenburg (Schmölln.) Reinhold Schühnecht, M., 40 J. (Wohnn.), Emil Auerwald, Maurer, 66 Jahre alt.
 - Breslau. Adolf Koibe, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt.
 - Danzig. Carl Jowkowski, Invalide, 78 Jahre alt.
 - Frankfurt/M. (Langenlößth.) Peter Fries, M., 53 J. (Gangen.) Johann Ew. Hoefeld, Maurer, 86 Jahre.
 - Kiel. Wenzel Krycha, Invalide, 69 Jahre alt.
 - Leipzig/B. Andreas Dorweg, Maurer, 62 Jahre alt.
 - Leipzig. August Bauer, Maurer, 80 Jahre alt.
 - Johann Fischer, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt.
 - Ute Schwanitz, Maurer, 56 Jahre alt.
 - Musau (Weißhaller) August Fuchs, Hilfsarb., 44 J. Nürnberg (Burgarnbach) Joh. Christgau, M., 41 J. Heinrich Fenster, Hilfsarbeiter, 22 Jahre alt.
 - (Hörsing) Matth. Gerstner, Maurer, 42 Jahre. (Großhadersdorf) Joh. Hofmann, Hilfsarb., 39 J. (Burgarnbach) Peter Käser, Stukkatour, 32 J. Albin Knoll, Maurer, 31 Jahre alt.
 - Johann Lang, Maurer, 53 Jahre alt.
 - Johann Posler, Maurer, 54 Jahre alt.
 - (Weißdorf.) Georg Weller, Maurer, 57 Jahre alt.
 - Sproltau. Hermann Schmichen, Maurer, 38 Jahre.
- Ehre ihrem Andenken!

Wer kennt August Thöne? Zu Beginn dieses Jahres verstarb August Thöne, ein Mann, der sich nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Schriftsteller betätigt hat. Er hinterließ eine reiche literarische Erbschaft, die in den nächsten Tagen in den „Büchern u. Schriften“ veröffentlicht werden wird.

Bücher u. Schriften

Naturfreunde-Verein 1932. Verlag Sozialvereine. „Die Naturfreunde“, Zeitschrift für Deutschland, Nürnberg-B., Gärten- und Naturfreunde. In jedem Heft sind 64 Naturfreunde abgebildet, die in den Naturfreunde-Fotografen aufgenommenen Arbeiterfotografen haben eine Fülle von Naturerlebnissen zu sehen und fotografisch festzuhalten. Eine Reihe von Bildern zeigt die Naturfreunde bei der Arbeit und beim Spielen. Die Naturfreunde werden neue Naturfreunde aus allen Schichten der Bevölkerung mit der nötigen Unterstützung und Förderung zu gewinnen. Die Naturfreunde sind ein Verein, der sich für die Förderung der Naturfreunde in allen Schichten der Bevölkerung einsetzt. Die Naturfreunde sind ein Verein, der sich für die Förderung der Naturfreunde in allen Schichten der Bevölkerung einsetzt.

„Das schöne Heim“. Oktoberheft 1931 mit insgesamt 50 Bildern. 1,00 M. (durch jede Buchhandlung erhältlich). Verlag v. Braunmühl, Berlin. In dem Heft sind 50 Bilder von den schönsten Häusern der Welt abgebildet. Die Häuser sind in allen Schichten der Bevölkerung zu finden. Die Häuser sind ein Vorbild für die Gestaltung des eigenen Heimes. Die Häuser sind ein Vorbild für die Gestaltung des eigenen Heimes.

Benennung des Gebäudes. Roman von Otto Bernward Bonhoff. Berlin. Der Roman erzählt die Geschichte eines Mannes, der in der Welt der Kunst und der Wissenschaft seinen Platz sucht. Der Roman ist ein Werk von großer Bedeutung für die deutsche Literatur. Der Roman ist ein Werk von großer Bedeutung für die deutsche Literatur.

Stahl-Betten. Die Betten sind ein Produkt der deutschen Industrie. Die Betten sind ein Produkt der deutschen Industrie. Die Betten sind ein Produkt der deutschen Industrie.

Neue Gänsefedern. Die Gänsefedern sind ein Produkt der deutschen Industrie. Die Gänsefedern sind ein Produkt der deutschen Industrie. Die Gänsefedern sind ein Produkt der deutschen Industrie.

„Gesellschafts-Archiv“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Carl Junge, Verlag Paul Junge, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Johann-Str. 30. Vierteljahresabonnement 3,00 M.

Geschenke billig
Weihnachtskatalog gratis
Sigurd Gesellschaft
Kassel 368

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk.
2500 Arbeiter und Angestellte,
31432 Spindeln in eigener Spinnerei,
16000 mechanische Webstühle in eigenen Webereien.
700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung von Mk. 15.— erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

Nr.	Preis pro Meter	Breite	Mk. Pfl.
1	Weißes Hemdentuch	etwas starkfadig, dicht geschlossene Sorte, 80 cm	0.20
2	Weiß. Hemdentuch	sehr gute, mittelfadig, 70 cm	0.38
3	Vorhangsstoff	sehr gute, mittelfadig, 70 cm	0.18
4	Randtücher	schwere Strapazierqualität, 40 cm	0.28
5	Baumwolltuch	sehr gute, mittelfadig, 70 cm	0.28
6	Baumwolltuch	ungebleicht stark, l. ungewaschen, 70 cm	0.38
7	Hemdenlanel	gute, haltbare, bestfeste Qualität, dicht indantränfarbig gestreift, 70 cm	0.30
8	Hemdenlanel	gute, haltbare, bestfeste Qualität, dicht indantränfarbig gestreift, 70 cm	0.40
9	Weißes Makotuch	sehr gute, mittelfadig, 70 cm	0.50
10	Stuhltuch	auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Betttücher, 150 cm	1.15
11	Frotteerhandtücher	aus gutem Kräuselgewebe, Mustersort, 40x100cm, 100% Pfl.	0.70
12	Damentaschentücher	weiß, mit hoher, sehr beliebter Qualität, 30x30 cm	0.70
13	Wischtücher	gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45x45cm, 100% Pfl.	0.70

Ungeheuer vortheilhaft!
Weißes Hemdentuch, mittelfadig, vorzügliche Qualität, für sehr solide, besonders haltbare Wäsche. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreis . . . per m nur . . .

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit der gewünschten Meter oder Stückzahl. Abgabe von jedem Artikel bis 100 m bzw. bis 20 Duz an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Meine Garantie-Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten ausergewöhnlich billig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 54, Oberpf.
Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand